

Die baltischen Staaten

DETLEF HENNING

Außenpolitisch setzten Estland, Lettland und Litauen ihre Beitrittsbemühungen sowohl zur EU als auch zur NATO als Garanten „weicher“ und „harter“ Sicherheit fort. Im Rahmen der auf dem Luxemburger EU-Gipfel am 12. und 13. Dezember 1997 beschlossenen „flexiblen Beitrittspartnerschaften“ verstärkten sie die Anstrengungen zur Modernisierung ihrer Gesellschaften.

Innenpolitisch kam es nach Parlamentswahlen in Lettland (3.10.1998) und Estland (7.3.1999) sowie auf Druck des Staatspräsidenten in Litauen (18.5.1999) zwar zur Neubildung von Regierungen, die Kontinuität der politischen Zielsetzungen blieb jedoch gewahrt. Estland und Lettland intensivierten ihre Bemühungen um eine Integration russischsprachiger Bevölkerungsteile.

Entgegen westlicher Prognosen führte die ökonomische Krise Rußlands in den baltischen Staaten nicht zu einem wirtschaftlichen Einbruch, sondern lediglich zu einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums. Der Beitritt Lettlands zur Welthandelsorganisation (WTO) am 14. Oktober 1998 und die vermutlich im Herbst 1999 zu einem Abschluß darüber gelangenden Gespräche Estlands sind sichtbarer Ausdruck der zunehmenden Integration dieser Staaten in die Weltwirtschaft.

Beziehungen zur Europäischen Union

Die am 1. Februar 1998 in Kraft getretenen Assoziierungsverträge zwischen der EU und den baltischen Staaten („Europaabkommen“) wurden bisher korrekt umgesetzt. Die Arbeit in den gemischten Gremien (Assoziationsrat und Assoziationsausschuß) gilt als reibungslos. Der wachsende Außenhandelsanteil Estlands, Lettlands und Litauens mit den Staaten der EU spiegelt die zunehmende Verflechtung zwischen der EU und der baltischen Region wider. Die Aufhebung der Visapflicht mit den Staaten des Schengener Abkommens zum 1. März 1999 trug dieser Entwicklung – wenn auch spät – Rechnung.

Als erster baltischer Staat nahm am 10. November 1998 Estland Verhandlungen mit der EU über einen Beitritt auf. Gegenstand der Gespräche sind zunächst die als weniger problematisch geltenden Bereiche Wissenschaft und Forschung, berufliche Bildung, Telekommunikation, kleine und mittlere Unternehmen, Industriepolitik sowie Außen- und Sicherheitspolitik. Die sensibleren Themen der Agrarpolitik, der Regionalhilfen und der Freizügigkeit für Arbeitnehmer sollen später verhandelt werden.

Der „Ablehnungsschock“ Lettlands und Litauens, zunächst nicht zu Verhandlungen eingeladen zu werden, konnte durch den Abschluß „flexibler Beitrittspartnerschaften“ mit allen Kandidatenstaaten im Anschluß an den Luxemburger EU-Gipfel vom 12. und 13. Dezember 1997 gemindert werden. Gleichzeitig führten diese zu einer wesentlichen Intensivierung der Heranführungshilfe für alle drei Länder.

Seit dem Frühjahr 1998 erstellen Tallinn, Riga und Vilnius „Nationale Programme zur Übernahme des Acquis“, in dem Maßnahmen, Zeitplan sowie personelle und finanzielle Ressourcen in Hinblick auf eine Übernahme des EU-Besitzstandes beschrieben und jeweils aktualisiert werden. Die bisherige Überprüfung der „Nationalen Programme“ sowie der Beitrittspartnerschaften seitens der EU-Kommission hat den baltischen Staaten weitere Fortschritte bescheinigt. Gleichzeitig bleiben sie jedoch aufgefordert, der Verwaltungsreform, der Ausbildung der Angehörigen des Justizsystems, dem Kampf gegen Korruption sowie im Falle Estlands und Lettlands der Förderung estnischer und lettischer Sprachtrainings für Nichtstaatsbürger fortgesetzte Aufmerksamkeit zu widmen.

In ihren Berichten vom November 1998 stellte die EU-Kommission den Verhandlungsbeginn mit Lettland und Litauen zwar zunächst wiederum zurück und zerstreute damit lettische und litauische Hoffnungen, bereits unmittelbar nach dem Wiener EU-Gipfel vom 11. und 12. Dezember 1998 in die Gruppe der verhandelnden Staaten aufzuschließen zu können; der anhaltende Reformwille in Riga und Vilnius wird jedoch voraussichtlich unter finnischer EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 1999 zur Aufnahme Lettlands und Litauens in die Gruppe der bereits verhandelnden Staaten führen.

Regionale Kooperation

Zwar gilt die Zusammenarbeit der Ostseeanrainer-Staaten im Ostseerat als gut, blieb aber in der baltischen Region nicht spannungsfrei. Lettland und Litauen konnten sich erst nach fünfjährigen Verhandlungen am 9. Juli 1999 über ihre Seegrenze einigen. Das Verhältnis zwischen Riga und Vilnius wird weiterhin durch einen vordergründig ökologischen, tatsächlich aber wirtschaftlich motivierten Streit um den Ausbau des litauischen Erdölterminals in Butinge, zwei Kilometer südlich der lettisch-litauischen Grenze, belastet.

Anfang Dezember begannen finnische Hafentarbeiter, die Entladung von Schiffen der Estonian Shipping Company zu boykottieren. Dänische Docker schlossen sich später der Aktion an, um gegen Lohndumping estnischer Arbeitgeber im Schiffsgewerbe zu protestieren. Meinungsverschiedenheiten um Einfuhrquoten und Mindestpreise für landwirtschaftliche Produkte zwischen Lettland und Estland sowie Lettland und Litauen konnten jedoch im Rahmen des baltischen Freihandelsvertrages beigelegt werden.

Die Perspektiven eines NATO-Beitrittes und baltische Verteidigungspolitik

Die hochgesteckten Hoffungen der baltischen Staaten, auf dem Washingtoner NATO-Gipfel vom 23. bis 25. April 1999 eine klare zeitliche Perspektive für einen Beitritt zur nordatlantischen Allianz zu erlangen, erfüllten sich nicht. Tallinn, Riga und Vilnius nahmen jedoch mit Genugtuung zur Kenntnis, daß im Schlußdokument diesmal im Gegensatz zum Gipfel des Vorjahres nicht mehr nur allgemein von der „baltischen Region“, sondern konkret von Estland, Lettland und Litauen als möglichen Kandidaten die Rede war. In Hinblick auf anhaltende russische Vorbehalte, die ehemalige Grenze der Sowjetunion als äußerste östliche Linie einer NATO-Osterweiterung zu akzeptieren, sehen baltische Politiker hierin das Prinzip der freien Entscheidung von Staaten auf Wahl des Verteidigungsbündnisses bestätigt. Unterstützt werden die baltischen Staaten hierin vor allem von Polen, das besonders in einer NATO-Mitgliedschaft Litauens nationale und moralische Interessen berührt sieht.¹

Nachdem bereits am 3. Februar 1999 ein Memorandum zwischen Dänemark, Finnland, Lettland, Litauen, den Niederlanden, Schweden und Großbritannien in Kraft getreten war, das baltische Friedensbataillon in ein Infanteriebataillon umzuwandeln, wurde als weiterer Schritt gesamtbaltscher Verteidigungsanstrengungen am 25. Februar 1999 im estländischen Tartu eine gemeinsame baltische Verteidigungsakademie eröffnet.

Dem Abbau der im Februar 1999 im Schlußbericht² einer internationalen Ratgebergruppe genannten Defizite im Verteidigungsbereich dienen die im Frühjahr 1999 von allen drei baltischen Staaten beschlossenen Erhöhungen des Verteidigungshaushaltes, der über einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren den Anteil von – in NATO-Staaten durchschnittlichen – 2% des Haushaltes erreichen soll.

Zwar unterstützten alle drei baltischen Staaten das Vorgehen der NATO in Jugoslawien. Die Folgen des Eingreifens einer Militärmacht zugunsten einer ethnischen Minderheit in einem souveränen Staat wurden jedoch in den baltischen Hauptstädten mit gemischten Gefühlen verfolgt: Einerseits könnte vor dem Hintergrund der russischsprachigen Minderheiten in Estland und Lettland sowie der unruhigen politischen Zukunft Rußlands für Moskau im Kosovo ein Präzedenzfall zum Eingreifen im Krisenfall – etwa in Nordostestland (Narva) – geschaffen worden sein; andererseits scheint die Kosovo-Krise die Notwendigkeit der europäischen Integration und damit auch eines raschen Beitrittes der baltischen Staaten zur EU zu unterstreichen.

Beziehungen zu Rußland und Weißrußland

Obwohl die Liberalisierung der Staatsangehörigkeitsgesetze in Estland und Lettland zu einer Entspannung in der mit Moskau diskutierten Frage der russischsprachigen Nichtstaatsbürger in diesen Staaten geführt hat, verzögert Rußland weiterhin die Unterzeichnung von Grenzverträgen mit seinen beiden westlichen Nachbarn. Die Schließung der russischen Radarfrühwarnanlage im lettischen Skrunda erfolgte allerdings vertragsgemäß zum 31. August 1998. Da die

Demontage der Anlage jedoch noch bis Ende Februar 2000 andauert, bleibt Rußland zumindest formal noch einige Zeit in Lettland militärisch präsent.

Demgegenüber gelten die litauisch-russischen Beziehungen auf der Grundlage des Kooperationsvertrages von 1991 als stabil. Litauen entwickelt in jüngster Zeit besonders gegenüber dem Kaliningrader Gebiet, das im Westen Litauens dessen Grenze mit Rußland bildet, eine konstruktive Politik. Visafreier Reiseverkehr, verschiedene regionale und kommunale Abkommen sowie Seminare zu Themen der Umwelt- und Kommunalpolitik bilden inzwischen ein dichtes Geflecht unterschiedlicher Beziehungen. Nach Ausbruch der russischen Finanzkrise leistete Litauen dem Kaliningrader Gebiet humanitäre Hilfe in Höhe von 1,25 Mio. US-Dollar.

Daneben bemühen sich Litauen und Lettland besonders nach dem Abzug der Botschafter der EU-Staaten aus Weißrußland um die Aufrechterhaltung von Beziehungen zu Minsk. Beide Staaten forcieren den Abschluß der Grenzdemarkierungen mit ihrem östlichen Nachbarn. Litauen unterstützt die Rolle der OSZE und die demokratische Opposition in Weißrußland; Lettland unterzeichnete am 29. März 1999 einen Vertrag über eine Städtepartnerschaft zwischen Riga und Minsk.³

Menschenrechts- und Minderheitenpolitik

Alle drei baltischen Staaten haben inzwischen die Todesstrafe aus ihren Strafgesetzbüchern gestrichen. Die Gesetze über Asylbewerber und Flüchtlinge entsprechen den internationalen Anforderungen, die Zahl der Asylbewerber in den baltischen Staaten war bisher jedoch gering. Trotz gewisser Anstrengungen bleiben die Bedingungen des Strafvollzuges in den Gefängnissen unzureichend.

Nachdem sich 52,5% der Wähler am 3. Oktober 1998 in einem Referendum für die Liberalisierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes Lettlands ausgesprochen hatten, traten Erleichterungen für die Einbürgerung von Nichtstaatsbürgern in Kraft. Das Quotensystem nach Altersgruppen wurde aufgehoben, das Einbürgerungsverfahren für Personen über 65 Jahre und etwa 18.000 staatenlose Kinder vereinfacht. Die Zahl der Einbürgerungsanträge ist seitdem steigend. Gegenwärtig richtet die Einbürgerungsbehörde Lettlands mit Hilfe der EU ein Informationszentrum ein, um Nichtstaatsbürger besser über die Einbürgerungsbestimmungen zu unterrichten. Auch Estland liberalisierte am 8. Dezember 1998 sein Staatsbürgerschaftsrecht und schuf Erleichterungen für etwa 6.000 russischsprachige Kinder. In beiden Ländern werden jedoch weiterhin Neufassungen der Sprachengesetze von 1989, die die Dominanz des Estnischen und Lettischen in allen sozialen Bereichen wiederherstellen sollen, heftig diskutiert. Besonders strittig ist die Frage, ob der Bereich der Wirtschaft, der häufig von Russophonen dominiert wird, der öffentlichen oder der privaten Sphäre, in der das Recht auf Muttersprache gilt, zugeordnet werden kann.

Regierungsprogramme, zuletzt in Lettland vom 10. März 1999, sollen in Estland und Lettland Konturen integrierter Gesellschaften schaffen, in denen ethnische Differenzen im Rahmen einer gemeinsamen staatlichen Identität nur noch eine

untergeordnete, rechtlichen Spielregeln unterworfenen Rolle spielen sollen. Sollte den baltischen Staaten dies trotz gravierender Verschiebungen der demographischen Verhältnisse während der fünfzigjährigen sowjetischen Annexion gelingen, könnte ihre Integrationspolitik für das übrige Europa an Vorbildfunktion gewinnen.

Innenpolitische Entwicklungen

Lettland wählte am 3. Oktober 1998 ein neues Parlament. Trotz des relativen Wahlsieges der oppositionellen Volkspartei (TP) des ehemaligen Ministerpräsidenten Andris Škéle mit 24 von 100 Mandaten beauftragte Staatspräsident Guntis Ulmanis den ehemaligen Minister für Verkehr Vilis Krištopans von der bisherigen Regierungspartei Lettlands Weg (LC, 21 Sitze) mit der Regierungsbildung. Seine Koalitionsregierung, bestehend aus LC, den Nationalkonservativen (TB/LNKK, 17 Sitze) sowie der Neuen Partei unter dem Schlagerkomponisten Raimonds Pauls (8 Sitze) trat jedoch am 5. Juli 1999 zurück, nachdem die TB/LNKK am 17. Juni 1999 während der Wahl der Kanado-Lettin Vaira Vike Freiberga zur neuen Staatspräsidentin Lettlands den Koalitionsvertrag aufgekündigt und mit der Volkspartei paktiert hatte. Am 16. Juni 1999 bestätigte die Saeima eine neue Regierung unter Ministerpräsident Škéle, bestehend aus TP, TB/LNKK und LC, die mit 62 von 100 Parlamentssitzen über eine stabile Mehrheit verfügt.

Auch in Estland beauftragte Staatspräsident Lennart Meri nicht den Wahlsieger und ehemaligen Innenminister Edgar Savisaar von der Zentrumspartei (28 Sitze) mit der Regierungsbildung, sondern Ex-Premier Mart Laar von der Partei Pro Patria (18 Sitze), der zusammen mit der Reformpartei (18 Sitze) und den Moderaten (17 Sitze) über eine Mehrheit von 53 von 101 Sitzen verfügt.

Beide Wahlen wirkten sich durch die Verringerung der Zahl der in den Parlamenten vertretenen Parteien stabilisierend aus, und die Regierungen versprachen, nach einer Phase tiefgreifender Reformen in Zukunft sozialen Fragen wieder verstärkt Aufmerksamkeit zu widmen.

Korruptionsvorwürfe und Mentalitätsunterschiede führten in Litauen zu einem dauerhaften Konflikt zwischen dem aus dem amerikanischen Exil stammenden Staatspräsidenten Valdas Adamkus und dem durch die sowjetische Vergangenheit belasteten Ministerpräsidenten Gedimimas Vagnorius (Vaterländische Union/Litauische Konservative). Daß es Adamkus gelang, Vagnorius und sechs seiner Minister am 3. Mai 1999 zum Rücktritt zu bewegen, verdankte er weniger seiner verfassungsrechtlich eher schwachen Stellung, als vielmehr seiner für litauische Verhältnisse außerordentlichen Popularität von knapp 90% Zustimmung in der Öffentlichkeit – nach der Wahlniederlage der Postkommunisten bei den Parlamentswahlen 1996 ein weiteres sichtbares Zeichen für den Wunsch der litauischen Bevölkerung nach einem Wechsel des politischen Stils.

Wirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung der baltischen Staaten wird seit der zweiten Hälfte des Jahres 1998 stärker von der russischen Krise geprägt.⁴ Die Wachstumsraten des

Bruttoinlandsproduktes (BIP) haben sich daher verlangsamt und erreichten 1998 in Estland nur noch 5,4%, in Lettland 3,6% und Litauen 4,4%; auch die Situation am Arbeitsmarkt verschlechterte sich aufgrund zusammenbrechender Absatzmärkte des östlichen Nachbarn. Andererseits begünstigte der Ausbaustopp der russischen Häfen den Transit und den Umschlag der baltischen Häfen, über die Rußland aus Devisenbeschaffungsgründen zunehmend Erdöl exportiert. Der Export bzw. Import mit Rußland/GUS sank 1998 weiter und betrug in Estland nur noch 20,9% beziehungsweise 14,2%, in Lettland 19% bzw. 16% und in Litauen 36,2% bzw. 26%.

Die Inflationsrate konnte 1998 weiter stabilisiert werden (Estland 8,2%, Lettland 4,7% und Litauen 5,1%); gleichzeitig wuchsen Löhne und Kaufkraft der Bevölkerung, deren pro-Kopf-BIP 1998 in Estland mit 3.900 US-Dollar, in Lettland mit 2.609,20 US-Dollar und Litauen mit 2.886,30 US-Dollar allerdings immer noch weit unter dem EU-Durchschnitt liegt. Erfreulich entwickelte sich in allen drei Ländern auch der Stand der ausländischen Direktinvestitionen (Estland 361,4 Mio. US-Dollar, Lettland 214,3 Mio. US-Dollar und Litauen 463,4 Mio. US-Dollar), während andererseits die mangelnde Effizienz der mittelständischen Industrie und die zunehmende Kluft zwischen arm und reich innerhalb der Bevölkerung und zwischen den Regionen weiterhin auf einen strukturellen Reformstau hinweisen.

Anmerkungen

Ausführliche Informationen über die aktuelle Entwicklung im Baltikum findet sich in der englischsprachigen Wochenzeitung *The Baltic Times*. News from Estonia, Latvia and Lithuania.

- 1 Kwasniewski pledges NATO support. In: *Baltic Times*, v. 25.2.-3.3.1999.
- 2 International Defence Advisory Board to the

Baltic States (Hrsg.): Final Report. Tallinn, February 1999.

- 3 Latvijas Vestnesis v. 30.3.1999.
- 4 Estland. Lettland. Litauen. In: *Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa*. Sammelband 1999. (Hrsg.): Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin u. a. Berlin 1999, S. 134-157.

Weiterführende Literatur

Bungs, Dzintra: Referendum and elections in Latvia: A step closer to the EU? Ebenhausen 1998.

Estland. Lettland. Litauen. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (Hrsg.): *Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und*

Osteuropa. Sammelband 1998. Berlin 1998.

Jopp, Mathias; Sven Arnsward (Hrsg.): *The European Union and the Baltic states. Visions, interests and strategies for the Baltic Sea Region*. Kauhava 1998.

Latvia. Human development report. Riga 1998.